

Niederschrift

Sitzung des Regionalausschusses ZEWS der Gemeinde Zeuthen

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.03.2026
Ort:	Mehrzweckhalle des Sport- und Kulturzentrums, Schulstraße 4, 15738 Zeuthen
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr

Anwesenheit

Bürgermeister

Herr Philipp Martens - DIE LINKE

Ausschussvorsitz

Herr Dieter Karczewski - BfZ

Gemeindevertreter

Herr Dr. Jens Burgschweiger - SPD online

Frau Dipl. Med. Brita Haarfeldt - DIE LINKE

Frau Lynn Langas - B'90/Grüne

Frau Nadine Selch - CDU

Herr Mathias Stahl - BfZ

Gem. Eichwalde

Herr Jörg Jenoich - Bürgermeister entschuldigt

Frau Martina Müller-Schmölzer - Vorsitz Eichwalde

Herr Friedhelm Botsch - WIE

Frau Ulrike Burmeister - DIE LINKE

Frau Heike Dingfeld - SPD.Grüne entschuldigt

Herr Stephan Gruhlke - CDU

Herr Daniel Kalinowski - CDU entschuldigt

Herr Felix Schildberg - SPD.Grüne entschuldigt

Gem. Schulzendorf

Herr Markus Witteck - Bürgermeister

Herr Denis Gottwald - Vorsitz Schulzendorf

Frau Ramona Brühl - BürgerBündnis entschuldigt

Frau Susanne Heyer - SPD online

Frau Claudia Mollenschott - DIE LINKE, B'90/Grüne

Herr Klaus Schmidt - AfD

Herr Peter Schulze - Gemeinsam für Schulzendorf

Stadt Wildau

Herr Frank Nerlich - Bürgermeister

Herr Simon Devos - CDU/GfW/GrüneVorsitz Wildau

Frau Jutta Krebs - Bürger für Willdau, DIE LINKE

Frau Ronni Krzyzan - Fraktion BBW/Prof. Ungvari Vertretung für Prof. Dr. Dr. László Ungvári

Herr Prof. Dr. Dr. László Ungvári - BBW/Prof. Ungvari entschuldigt

Herr Enno von Essen - SPD nicht anwesend

Protokoll

Frau Nancy Dagge -

Gäste

Herr Jesús Comesaña M. - BBF Projekt GmbH

Frau Kathrin Schreiner - BBF Projekt GmbH

Frau Christina Lier - Evang. Schulstiftung online

Niederschrift

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Anwesenheit

Da die gemeinsame Sitzung der Regionalausschusses ZEWS in Zeuthen stattfindet, eröffnet der Vorsitzende des Regionalausschusses Zeuthen, Herr Karczewski, die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Alle Mitglieder sind mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

3. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung am 11.09.2025

Es gibt keine Einwendungen, die Niederschrift wurde bestätigt.

4. Informationen der Bürgermeister

Herr Nerlich, Bürgermeister von Wildau, spricht die angespannte Haushaltssituation an, die alle Kommunen betrifft. Diese Situation erfordert eine enge Zusammenarbeit im Regionalausschuss, um gemeinsam Lösungen zu finden. Er kündigt an, dass mehrere Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamte bei der kommenden Kreistagssitzung ihre Position und Bedenken zum Haushalt des Landkreises vertreten werden.

Er berichtet über die Herausforderungen des vergangenen Winters mit dem gemeinsamen Winterdienstleister FAM. Die zugesagten Fahrzeuge waren oft nicht verfügbar. Gelder für nicht erbrachte Leistungen wurden zurückgehalten und es gebe Überlegungen zu rechtlichen Schritten. Die Verwaltungen der Kommunen arbeiten daran, ein abgestimmtes Vorgehen zu entwickeln.

Zum Thema Wildorado erläutert Herr Nerlich, dass die gestiegenen Kosten, insbesondere für das Schulschwimmen, eine Belastung darstellen. Er betont die Notwendigkeit einer interkommunalen Zusammenarbeit, um den Bereich Schwimmen zu unterstützen. Erste Gespräche mit anderen Kommunen, wie Königs Wusterhausen, hätten positive Signale ergeben.

Herr Witteck, Bürgermeister von Schulzendorf, äußert ebenfalls seine Bedenken zur finanziellen Lage seiner Gemeinde. Er beschreibt die Herausforderungen, die mit der Haushaltsplanung verbunden sind, und betont die Notwendigkeit, Einsparungen vorzunehmen.

Zum Winterdienst erklärt Herr Witteck, dass auch in Schulzendorf Probleme bestanden hätten.

Er berichtet von einem interkommunalen Projekt zur Grundschule in Schulzendorf, das nun in die Umsetzung geht. Der Baustart steht bevor, jedoch sei noch die Zustimmung zum Bebauungsplan durch die Gemeindevertretung erforderlich.

Er informiert über die Übergabe einer Petition zum Thema Fluglärm an den Petitionsausschuss in Potsdam, die gemeinsam mit anderen Bürgermeistern erfolgt ist. Ziel sei es, eine Lösung für die Belastungen durch Intersektion-Starts zu finden, die insbesondere Eichwalde, Zeuthen und Schulzendorf betreffen.

Herr Martens, Bürgermeister von Zeuthen, hebt die gute Zusammenarbeit innerhalb der Kreisarbeitsgemeinschaft im Landkreis Dahme-Spreewald hervor. Er verweist auf die besondere Geschlossenheit der KAG, die sich unter anderem in einem gemeinsamen Brief an den Ministerpräsidenten zur finanziellen Situation der Kommunen zeige.

Er berichtet über aktuelle Projekte in Zeuthen, darunter den Neubau eines Hospizes mit Wohnungen sowie eines Edeka-Marktes im Zentrum von Miersdorf. Für beide Vorhaben sollen die Baugenehmigungen noch in diesem Jahr erteilt werden. Zudem schreite die Entwicklung im Zeuthener Winkel voran, wo Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser sowie eine Grundschule entstehen werden.

Er informiert über die Abstimmung mit Schulzendorf zur Bereitstellung von Kitaplätzen. Die Gemeinde Zeuthen hat derzeit 112 freie Plätze und plant, 30 langfristig für Schulzendorf zur Verfügung zu stellen. Die vertragliche Vereinbarung ist in Arbeit.

5. Einwohnerfragestunde

Herr Ilijevec, Bürger aus Schulzendorf, äußert den Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit der Gemeinden. Er betont die Notwendigkeit, dass die Gemeinden nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten sollten. Dies sei wichtig, um die wachsenden Herausforderungen, die sie bewältigen müssen, vernünftig abzarbeiten.

Ein weiteres Thema, das Herr Ilijevec anspricht, ist die Querung der Bahnstrecke in Schönefeld. Er erwähnt eine frühere Versuchsbrücke, die vor etwa zehn Jahren in diesem Bereich diskutiert wurde. Er schlägt vor, sich mit den Verantwortlichen von damals in Verbindung zu setzen, um mögliche Lösungen für die Verkehrslenkung zu finden.

Zusätzlich kritisiert Herr Ilijevec den aktuellen Zustand des Nahverkehrs. Er vergleicht die Situation mit anderen Regionen, in denen es erfolgreiche Rufbussysteme gibt. Er fordert eine flexiblere Handhabung der Verkehrsorganisation, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Dabei betont er, dass die Bürger in die Lösungsfindung einbezogen werden sollten.

Herr Karczewski unterbricht Herrn Ilijevec mit dem Hinweis, dass bislang keine konkrete Frage formuliert, sondern lediglich Aussagen getroffen wurden, und erteilt Herrn Witteck das Wort.

Herr Witteck, der Bürgermeister von Schulzendorf, antwortet auf die Äußerungen von Herrn Ilijevec. Er erklärt, dass der Landkreis derzeit an einem Nahverkehrsplan arbeitet. Dabei wurden die Bürgermeister in den Prozess einbezogen. Er weist darauf hin, dass die Verkehrsanbindung in ländlichen Gebieten nicht mit der in Berlin verglichen werden kann.

Frau Mollenschott ergänzt, dass das Thema Nahverkehr bereits in der Gemeindevertreterversammlung behandelt worden ist. Sie verweist auf die Möglichkeit, Ideen von Bürgern einzubringen, um die Planung zu unterstützen. Das Rufbussystem wurde bereits in einigen Regionen getestet, löst jedoch nicht alle Probleme.

Herr Gottwald, äußert Verständnis für die Anliegen der Bürger, die auf den Nahverkehr angewiesen sind. Er erläutert, dass der RVS, eine Tochtergesellschaft des Landkreises, regelmäßig Erhebungen zur Bedarfsanalyse durchführt. Zusätzliche Linien oder ein Rufbussystem können nur umgesetzt werden, wenn ein entsprechender Bedarf nachgewiesen wird und die Kosten- Nutzen-Relation vertretbar sei.

6. Anfragen der Mitglieder des Regionalausschusses

Die Ausschussmitglieder haben keine Anfragen.

7. Grundsatzbeschluss zur interkommunalen Zusammenarbeit in ZES

Vorlage: BV-015/2026

Herr Martens stellt die Entwicklung und den aktuellen Stand der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Zeuthen, Eichwalde und Schulzendorf dar. Er hebt hervor, dass diese Kooperation bereits seit 1994 besteht und sich als effizient bewährt hat. Als Beispiele nennt er das gemeinsame Einwohnermeldeamt, die zentrale Vergabestelle sowie das Rechnungsprüfungsamt.

Ziel ist es, die Zusammenarbeit weiter auszubauen, um Effizienz, Qualität und Wirtschaftlichkeit zu steigern, ohne die kommunale Selbstständigkeit der einzelnen Gemeinden zu beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang betont er, dass künftig weitere Handlungsfelder identifiziert werden sollen, in denen eine intensivere Kooperation sinnvoll ist. Als konkretes Beispiel führt er das Kita-Platzmanagement an und unterstreicht die Notwendigkeit, die Bedarfsplanung gemeindeübergreifend zu entwickeln, um eine bessere Abstimmung zu erreichen. Ein weiterer Vorschlag ist z.B. die Errichtung eines gemeinsamen Ordnungsamtes.

Die genaue Umsetzung wird durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geregelt und die strategische Steuerung soll durch einen Lenkungsausschuss erfolgen.

Der vorliegende Grundsatzbeschluss schafft hierfür die Grundlage, um den Weg für eine strukturierte Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit zu ebnen.

Frau Mollenschott begrüßt die Vorlage. Sie fragt, ob der geplante Lenkungsausschuss den bestehenden Regionalausschuss ablösen oder ergänzen soll. Herr Martens erklärt, dass der Lenkungsausschuss für fachliche Fragen zuständig sei, die den Regionalausschuss überlasten würden.

Frau Mollenschott erkundigt sich weiter, wie die Gemeindevertretungen in den Lenkungsausschuss eingebunden werden sollen. Herr Martens antwortet, dass dies offen gestaltet sei und jede Kommune selbst entscheiden kann, ob und wie Vertreter der Gemeindevertretungen beteiligt werden.

Frau Selch fragt, ob die Gemeinde Wildau in die Zusammenarbeit einbezogen wird. Herr Nerlich, erklärt, dass dies zunächst mit den politischen Gremien in Wildau abgestimmt werden muss. Er betont jedoch die bisherige gute Zusammenarbeit und signalisiert Offenheit für eine zukünftige Beteiligung.

Herr Gottwald begrüßt die Möglichkeit, durch den Grundsatzbeschluss mehr Verbindlichkeit in der interkommunalen Zusammenarbeit zu schaffen.

Herr Witteck unterstützt den Grundsatzbeschluss und betont, dass dieser dazu dient, potenzielle Kooperationsfelder zu identifizieren. Er weist darauf hin, dass nicht alle Ansätze realisierbar sein werden und die Analyse ebenso dazu führen kann, einzelne Vorhaben nicht weiterzuverfolgen. Er unterstreicht die Bedeutung der regelmäßigen Information der Gemeindevertretungen und die Möglichkeit, diese in die Prozesse einzubinden.

Frau Müller-Schmölzer äußert Bedenken hinsichtlich der Einbindung der Gemeindevertretungen in den Lenkungsausschuss und spricht sich für eine Beteiligung gewählter Vertreter aus, um das demokratische Mitspracherecht zu sichern. Sie fordert eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Lenkungs- und Regionalausschuss. Weiterhin weist sie darauf hin, dass die Einrichtung von gemeinsamen Ämtern finanzielle Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte haben und trotz der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Gemeinden die Kosten und die damit verbundene Verantwortung bedacht werden müssten.

Frau Selch entgegnet direkt auf die Ausführungen von Frau Müller-Schmölzer, dass der Beschluss, der hier gefasst werden soll, neue Wege beschreite, die zuvor eingefordert worden seien. Sie verweist auf die finanzielle und personelle Notlage, die alle vier beteiligten Kommunen betrifft, und betont, dass es zunehmend schwierig ist, qualifiziertes Personal zu finden. Aus der Sicht ihrer Fraktion ist der eingeschlagene Weg daher der richtige Schritt. Sie stellt zudem klar, dass der Regionalausschuss durch diesen Beschluss nicht geschwächt werde, da dieser weiterhin für die Entwicklung der Orte zuständig bleibt.

Frau Mollenschott stellt fest, dass sie die Diskussion nicht als Abschaffung des Regionalausschusses versteht, sondern als sinnvolle Neuausrichtung. Da in ihrer Gemeinde bislang keine abschließende Verständigung zu diesem Thema erfolgt ist, kann sie keine Abstimmungsempfehlung abgeben und betont, dass zunächst eine interne Beratung erforderlich ist. Abschließend spricht sie sich grundsätzlich für eine Einbeziehung Wildaus aus, gibt jedoch zu bedenken, dass die Stadt aufgrund ihrer Größe und spezifischer Aufgaben andere Voraussetzungen mitbringt. Ungeachtet dessen hält sie eine Zusammenarbeit für sinnvoll.

Frau Selch betont, dass es sich um Verwaltungsarbeit handelt, die auf einer anderen Ebene als dem Regionalausschuss angesiedelt ist. Frau Haarfeldt betont die Bedeutung des Vorhabens und die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit in verbindliche Strukturen zu überführen, sie bittet darum die Verkehrsplanung als Schwerpunkt mit aufzunehmen.

Frau Krebs spricht sich für einen Aufschub aus, um den Kommunen mehr Zeit für interne Beratungen zu geben. Sie betont, dass eine Zusammenarbeit wünschenswert ist, jedoch die unterschiedlichen Ausgangslagen der Kommunen berücksichtigt werden müssen. Sie plädiert dafür, von Anfang an in den Prozess eingebunden zu werden.

Herr Gottwald betont die Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit und hebt hervor, dass durch die Bündelung von Kräften nicht nur finanzielle Einsparungen erzielt, sondern auch die Außenwirkung gestärkt werden kann. Dies sei insbesondere im Austausch mit größeren Akteuren, etwa dem Flughafen, von Vorteil. Er spricht sich daher ausdrücklich für die interkommunale Zusammenarbeit aus.

Herr Martens schlägt vor, dass die Kommunen die Beschlussvorlage zunächst in ihren jeweiligen Gremien, beraten und Beschlüsse fassen sollen. In einer späteren Sitzung des Regionalausschusses kann dann der gemeinsame Stand erneut geprüft werden. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Herr Karczewski schließt den Tagesordnungspunkt ohne Abstimmung über die Beschlussvorlage.

8. Sachstand zur Errichtung einer weiteren Grundschule in Zeuthen **Vorlage: IV-014/2026**

Herr Martens begrüßt die Gäste, Frau Lier von der Evangelischen Schulstiftung (online) sowie Herrn Comesaña und Frau Schreiner von der BBF Gruppe und stellt die Planungen für den Bau einer zweizügigen Grundschule mit Einfeldsporthalle im Zeuthener Winkel vor, die gemeinsam mit der BBF Gruppe und der Evangelischen Schulstiftung umgesetzt werden sollen.

Die Schule ist für die Klassenstufen eins bis sechs mit jeweils zwei Klassen und einer Hortbetreuung als offene Ganztagschule konzipiert. Die Regelgröße pro Klasse beträgt etwa 24 Kinder. Die Sporthalle soll nach der schulischen Nutzung auch für den Vereinssport zur Verfügung stehen. Die Baugenehmigung für das Schulgebäude wurde am 4. März 2026 erteilt, während die Genehmigung für die Sporthalle voraussichtlich im Mai 2026 erfolgen wird.

Herr Martens weist darauf hin, dass der ursprünglich geplante Eröffnungstermin für das Schuljahr 2027/28 nicht mehr realisierbar ist, was auf die Komplexität des Bauvorhabens und die Notwendigkeit einer gründlichen Umsetzung zurückzuführen ist. Er betont, dass alle Projektpartner, einschließlich der Schulstiftung und der BBF Gruppe, übereingekommen sind, das Vorhaben mit ausreichendem zeitlichen Puffer zu realisieren, um Enttäuschungen bei Eltern und Kindern zu vermeiden.

Herr Martens erläutert, dass eine Interimslösung innerhalb der Gemeinde Zeuthen geprüft wurde, aber nicht umsetzbar ist. Aktuell wird daher eine mögliche Zwischenlösung in Schulzendorf geprüft, da dort durch den Umzug der interkommunalen Schule zwei Klassenräume frei werden. Zudem liegt in Schulzendorf bereits eine bauordnungsrechtliche Genehmigung für die schulische Nutzung vor, was die Umsetzung erleichtern könnte. Ein Besichtigungstermin ist bereits geplant.

Frau Mollenschott erkundigt sich, ob es sich bei der Interimslösung um die Nutzung der Räume in der Mehrzweckhalle in Schulzendorf handelt, die derzeit von der interkommunalen Schule genutzt wird. Herr Witteck bestätigt dies und weist darauf hin, dass für diesen Standort bereits eine Genehmigung zur schulischen Nutzung besteht.

Herr Comesaña von der BBF Gruppe äußert sich ebenfalls zu den Herausforderungen des Projekts. Er spricht über die Komplexität des Genehmigungsprozesses. Zudem betont er die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten, um das Projekt erfolgreich umzusetzen. Er bedankt sich für die bisherige gute Zusammenarbeit.

Frau Lier von der Evangelischen Schulstiftung unterstreicht die Bedeutung von Transparenz und Verlässlichkeit. Sie erläutert, dass die Schulstiftung die Schulleitung bereits vor der Eröffnung der Schule gewinnen möchte, um eine solide Grundlage zu schaffen und frühzeitig vertrauensvolle Beziehungen zu Eltern, Kindern und Mitarbeitern aufzubauen.

9 . Sachstand zu weiterführenden Schulen in ZEWS

Herr Nerlich berichtet, dass im Landkreis sechs Schulzüge fehlen und sowohl Wildau als auch Schulzendorf als mögliche Standorte für neue Kapazitäten im Gespräch seien.

Am 3. März fand eine Stadtverordnetenversammlung statt. Dort wurden Fragen zur Machbarkeit und Finanzierung des Konzepts gestellt. Eine Machbarkeitsstudie wurde in Auftrag gegeben, um die bestehende Oberschule in eine gymnasiale Oberstufe umzuwandeln. Der Landkreis hat eine Finanzierung von 16 Millionen Euro zugesichert. Da diese Mittel nicht ausreichen, soll die Finanzierung über die Schüler aus anderen Gemeinden ergänzt werden. Die örtliche Wohnungsgesellschaft wird die Gebäude in mehreren Bauabschnitten errichten.

Er berichtet von einem Gespräch mit Dr. Frank vom Ministerium für Jugend, Bildung und Sport. Herr Frank lobt die Planung und ist bereit, den Prozess voranzutreiben. Der ursprünglich geplante Gesprächstermin mit dem Landkreis wurde verschoben. Die Stadt Wildau arbeitet weiter an dem Projekt und ist optimistisch, dass die Umwandlung der Oberschule in eine gymnasiale Oberstufe mit zwei Abitur Zügen realisiert werden kann.

Herr Witteck ergänzt, dass der vorgesehene Standort für eine weiterführende Schule in Schulzendorf an der Miersdorfer Straße liegt, wo auch ein interkommunales Grundschulprojekt mit Schönefeld umgesetzt wird. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens sind Flächen für eine weiterführende Schule eingeplant worden. Die Verantwortung für die Umsetzung liege vollständig beim Landkreis, der die Ausschreibung und Finanzierung vornehmen muss.

Frau Selch weist auf die Notwendigkeit von Interimslösungen hin und erwartet Informationen über ein bestehendes Konzept bzw. eine Präsentation von Lösungen.

Herr Nerlich antwortet, dass keine Interimslösung mit seiner Gemeinde abgestimmt wurde. Herr Witteck bestätigt dies auch für Schulzendorf.

Frau Mollenschott berichtet von einer Interimslösung in Waltersdorf, die jedoch nicht genügend Kapazität aufweist und äußert ihre Besorgnis. Sie und Frau Selch arbeiten gemeinsam auf Kreisebene, um die Schulentwicklungsplanung voranzutreiben.

Herr Nerlich unterstützt das Engagement und betont die Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung der Kommunen. Er kritisiert die mangelnde Transparenz der Kreisverwaltung und fordert eine bessere Kommunikation. Die Bürgermeister der Gemeinden planen, beim nächsten Kreistag aktiv für Fortschritte zu werben und sich für die Belange der Schulen einzusetzen.

10 . Trinkwasserqualität in ZEWS

Vorlage: IV-015/2026

Herr Martens berichtet über die aktuelle Situation zur PFAS-Belastung im Grundwasser. Er verweist auf die aktuellen Zahlen, die auf der Internetseite des MAWV verfügbar sind und präsentiert eine Darstellung. In der Verbandsversammlung wurde angeregt, die Darstellung der Mittelwerte durch eine Anpassung der Dezimalstellen zu präzisieren, was jedoch bislang nicht umgesetzt wurde.

Maßnahmen zur Reduzierung der PFAS-Belastung sind durch den MAWV bereits ergriffen worden. Zum einen sind technische Maßnahmen umgesetzt worden, darunter die Umleitung von Wasser aus zwei besonders belasteten Brunnen zurück in die ursprünglichen Fördergebiete. Zudem arbeitet der MAWV langfristig an einer Problemlösung, wobei der Schwerpunkt auf dem Einsatz geeigneter Filtrationsmaßnahmen liegt.

Herr Martens führt weiter aus, dass die aktuellen Messwerte aus Februar 2026 im Vergleich zu den Werten aus August 2025 eine rückläufige Konzentration der PFAS-Belastung zeigen. Die Grenzwerte werden eingehalten.

Herr Martens erklärt, dass man mit dem Land Berlin als Verursacher über die Sanierung spreche und betont, dass eine endgültige Lösung nur durch die Beseitigung der Ursache, für die das Land Berlin verantwortlich ist, erreicht werden kann.

11 . Sachstand zu möglichen Bahnquerungen in Zeuthen und Eichwalde

Herr Martens erklärt, dass die Situation in Eichwalde und Zeuthen unterschiedlich ist. In Eichwalde betrifft es eine Kreisstraße, während in Zeuthen die Landesstraßen L 401 und L 402 betroffen sind. Die Gemeindevertretung Zeuthen hat im Oktober beschlossen, einen Tunnel zu bevorzugen, da eine Brücke aus städtebaulichen und lärmschutztechnischen Gründen abgelehnt wird. Der Tunnel soll die beiden Landesstraßen verbinden. Herr Martens betont, dass er als Bürgermeister mit dem Land und der Deutschen Bahn zusammenarbeitet, um Vorplanungen voranzutreiben.

Herr Martens kündigt an, dass er mit dem Landkreis auf den Minister Herrn Krumbach zugehen wird. Ziel ist es, ihn vor Ort einzuladen, um den Planungsauftrag des Ministeriums an den Landesbetrieb für Straßenwesen zu klären. Dadurch sollen die weiteren Voruntersuchungen und Variantenuntersuchungen für den Tunnel vorangetrieben werden.

12 . Informationen zum Umgang mit dem "Baturbo" in ZEWS

Herr Martens erläutert, dass der sogenannte „Baturbo“, der seit Oktober in Kraft ist, den Gemeinden weitreichende Verantwortlichkeiten überträgt. Er hebt hervor, dass durch die neuen Regelungen umfangreiche Abweichungen von Bebauungsplänen möglich sind, wie etwa die Errichtung von Gebäuden im Außenbereich oder die Realisierung von zweiter Reihe Bebauung. Dies ermöglicht eine erhebliche Nachverdichtung, die jedoch große Herausforderungen für die Infrastruktur mit sich bringt. Herr Martens berichtet, dass mit Schulzendorf, Eichwalde und Zeuthen eine enge Abstimmung stattfindet, um den Umgang mit diesen neuen Möglichkeiten zu regeln. Er betont, dass die Entscheidung über den Umgang mit dem Baturbo nicht in den Bereich der laufenden Verwaltung fällt, sondern von der Gemeindevertretung getroffen werden muss. Es wird überlegt, diese Entscheidungen durch die Anpassung der Hauptsatzung oder Grundsatzbeschlüsse zu delegieren.

Herr Witteck stimmt den Ausführungen von Herrn Martens zu und betont, dass der Baturbo in Ballungsräumen sinnvoll ist, um Wohnraum zu schaffen. Für Schulzendorf sei jedoch geplant, einen Grundsatzbeschluss zu erwirken, der den Baturbo grundsätzlich ablehnt. Er warnt vor den Gefahren einer unkontrollierten Innenverdichtung, die den Ortscharakter von Schulzendorf gefährden könnte.

Herr Nerlich ergänzt, dass auch in Wildau ein Grundsatzbeschluss notwendig ist. Er kündigt an, die notwendigen Informationen zusammenzutragen, um im nächsten Sitzungszyklus eine Entscheidung treffen zu können.

Frau Mollenschott erinnert an einen früheren Beschluss der Gemeindevertretung, der sich gegen eine großflächige Innenverdichtung richtete. Sie regt an, diesen Beschluss als Grundlage für eine neue Beschlussvorlage zu nutzen. Herr Martens bestätigt, dass auch in Zeuthen vor vielen Jahren eine ähnliche Studie erstellt worden sei, die als Grundlage für die aktuellen Überlegungen dienen könnte. Er weist jedoch darauf hin, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen seitdem geändert haben, was eine erneute Auseinandersetzung mit dem Thema erforderlich macht.

13. Sonstiges

Frau Haarfeldt erkundigt sich nach möglichen Maßnahmen, um die Probleme mit dem Winterdienst zu bewältigen. Sie regt an zu prüfen, ob eine Zusammenlegung von Personal und die Anschaffung entsprechender Geräte sinnvoll ist, um die Aufgabe des Winterdienstes über die Kommunen selbst zu organisieren, anstatt auf externe Anbieter zurückzugreifen.

Herr Martens bedankt sich für die Frage und erklärt, dass diese Punkte Bestandteil der Beschlussvorlage sind. Die Verwaltung will prüfen, wie die Bauhöfe und die vorhandenen Maschinen besser genutzt werden können. Ziel ist es, Synergien zu schaffen, zum Beispiel durch gemeinsame Anschaffungen von Spezialgeräten für den Winterdienst. Dadurch könnten Kosten gespart und Ressourcen flexibler eingesetzt werden. Er weist jedoch darauf hin, dass es sich hierbei um eine langfristige Betrachtung handelt, die nicht kurzfristig umgesetzt werden kann.

Herr Gottwald bedankt sich für die gute Vorbereitung der heutigen Sitzung. Die Bürgermeister und die Vorsitzenden haben die Tagesordnung im Vorfeld miteinander abgestimmt. Er regt an, dieses Verfahren auch künftig fortzuführen.

Herr Karczewski schließt die Sitzung um 20.15 Uhr

Dieter Karczewski
Ausschussvorsitz

Nancy Dagge
Schriftführung